

# Dresdener Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden  
Nr. 1208, Kaden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Hauptredaktion: Deutsche Staatsbank,  
Dresden, Markt d. Arbeiter, Ange-  
hehen u. Beamten, 109, Dresden,  
Gebäude Kumbold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Eilungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einschluß höherer Gewalten, bei der Bejahung der Dresdener Volkzeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Wiederabdruck mit der ständigen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst“ anherdem Volk und Welt monatlich 1,50 M., an-  
zuzahl. 40 Pf. Bringerlohn, Postweg 1, 50 Pf., zuzahl. Volk u. Welt  
Jahresabg. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerstr. 10, Fernsprecher Nr. 25 261, Dresd-  
en, nur montags von 12 bis 1 Uhr  
Verlagsstelle: Wettinerstr. 10, Fernsprecher Nr. 25 261 u. 12 707,  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Werbeanzeige 35 Pf., die  
30 mm breite Werbeanzeige 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2,50 M.,  
abhängig von der Länge der Zeile, für Familienanzeigen, Stellen u.  
Wahlzettel 20 Pf. netto, für Briefmarken 10 Pf., Einzelzeile 10 Pf.

Nr. 113

Dresden, Dienstag, den 17. Mai 1932

43. Jahrgang

## Schleicher Reichswehrminister?

### Vor schweren Gefahren - Steuererhöhungen und Unterstützungsabbau - Luthers Arbeitsbeschaffungspläne

Während der Feiertage ist weder ein Reichswehrminister noch ein Reichswirtschaftsminister ernannt worden, aber die vorliegenden Meldungen zeigen doch immer deutlicher, daß wir in Deutschland vor wichtigen politischen Entscheidungen stehen, deren Tragweite noch gar nicht abzuschätzen ist. Herr v. Schleicher scheint es geschafft zu haben. Es soll nach den vorliegenden Meldungen nur von Herrn v. Schleicher selbst abhängen, ob er Kriegsminister wird, und wir vermuten, daß dieser ehrgeizige Herr sich nicht lange zureden lassen wird. Bekanntlich wurde abgelehnt, daß der Rücktritt Groeners auf ein Ultimatum der Herren Generale zurückzuführen sei. Wir haben gleich darauf hingewiesen, was von derartigen Ablehnungen zu halten ist. Gewiß, die Herren Generale haben Herrn Brüning nicht eine feierliche Erklärung überreicht. Das hatten sie auch nicht nötig. General v. Schleicher hatte nur eine Besprechung mit dem Reichskanzler, und das genügt, um Groener zu fällen und Platz für Herrn v. Schleicher zu machen.

Brüning, der in manchen Fällen, was man auch sonst über ihn sagen mag, sich als energischer Mann bewährte, hat hier zweifellos versagt. Er hätte Herrn v. Schleicher die Tür weisen und ihm erklären müssen, daß die politische Reichsleitung darüber zu entscheiden hat, wer Kriegsminister ist und bleibt, und daß die Herren Generale zu gehorchen hätten. Wenn es nun wirklich zur Ernennung des Herrn Generals v. Schleicher zum Kriegsminister kommt, kann es sehr leicht sein, daß sich Brüning damit ein K u d u s e i n s R e i t legt. Eines schönen Tages wird Herr v. Schleicher vielleicht wieder einmal eine Unterredung mit dem Reichskanzler haben und ihm dabei auseinandersetzen, daß bei der Zulassung der Verhältnisse in Deutschland das deutsche Volk von der festen Hand eines Militärs gestützt werden müsse, das heißt also, daß Herr Brüning sein Reichskanzleramt zu verlassen und einem General, wahrscheinlich eben Herrn v. Schleicher, Platz zu machen habe. Und dann wird Brüning möglicherweise, selbst wenn er wollte, keinen Widerstand mehr leisten können, und das deutsche Volk wird mit einer mehr oder minder schlechtverschleierte Generaldiktatur beglückt werden. Was das für Deutschland bedeuten kann, ist wieder nicht abzusehen. Die Geschichte gibt uns genug Beispiele dafür, daß Generale, wenn sie Staatsmänner spielen, nur allzuleicht ein Land in Grund und Boden wirtschaften.

All diese Dinge sind um so gefährlicher, weil auch die Finanzschwierigkeiten riesengroß sind. Es kann auch gar nicht anders sein. Die starke Schrumpfung des Volkseinkommens muß ja dazu führen, daß es an allen Ecken im Staat und in Gemeinde und bei den Trägern der Sozialversicherung an den nötigen Mitteln fehlt. Natürlich sind Kräfte am Werke, die die finanziellen Probleme in der denkbar unsozialsten Weise lösen wollen. Schon spricht man von einem empfindlichen Abbau bei der Arbeitslosenversicherung und bei der Invalidenversicherung. Außerdem hat man den netten Plan ausgedacht, die Bürgersteuer zu verdoppeln. Zwar ist es der Sozialdemokratie gelungen, durchzusetzen, daß die Bürgersteuer heute etwas besser aussieht, als sie ursprünglich aussehen sollte. War doch zuerst vorgesehen, daß die Bürgersteuer für alle gleich sein sollte. Heute haben wir wenigstens eine gewisse Abstufung nach der Höhe des Einkommens und Befreiungen für diejenigen, die sich in der allerersten Postlage befinden. Aber trotz alledem ist die Bürgersteuer noch immer eine rohe und unsoziale Steuer, die von den beschlagnahmten Massen, besonders wenn sie noch erhöht werden sollte, als ungeheuer hart empfunden werden muß, während die Leute, die heute noch ein hohes Einkommen haben, bei der Bürgersteuer recht gut fortkommen.

Wir werden freilich immer wieder vor neuen, nahezu unüberwindlichen Schwierigkeiten stehen, solange wir 6 Mil-  
lionen Arbeitslose haben und der Tiefstand unserer Wirtschaft nicht wieder einer Aufwärtsentwicklung Platz macht. Arbeitsbeschaffung ist heute das allerdringendste Erfordernis. Und so ist es begreiflich, daß heute Arbeitsbeschaffungspläne in großer Zahl aufstehen. Jetzt ist auch der Reichsfinanzpräsident Luther mit einer Denkschrift über die Arbeitsbeschaffung hervorgetreten, von der allerdings bisher nur Bruchstücke in die Öffentlichkeit gelangten. Der Vorschlag Luthers scheint darauf hinauszukommen, daß die freiwillige Arbeitsdienstpflicht erweitert werden soll, insbesondere macht sich Luther die Gedanken des Genossen Professors Rederer zu eigen, der empfiehlt, die Arbeitslosen

mit der Herstellung von Gebrauchsgegenständen füreinander unter Weiterzahlung der Arbeitslosenunterstützung zu beschäftigen. Bei diesen Vorschlägen wird von der sicher sehr vernünftigen Idee ausgegangen, daß man Arbeit nicht nur durch den Bau von Straßen, Kanälen oder Häusern usw., sondern auch durch die Herstellung von Verbrauchsgegenständen müßte schaffen können. Eine große Gefahr liegt aber darin, daß dann ein vielleicht erheblicher Teil unserer Güterherstellung durch Arbeitskräfte erfolgt, für die die tariflichen Arbeitsbedingungen gar nicht oder nicht im vollen Umfang gelten, und daß auf diese Weise der heute schon recht färgliche Lohn, den die Tarife den Arbeitern noch gewähren, auch für die übrigen Arbeiter immer weniger wirksam wird. Wird einmal neben die reguläre Wirtschaft eine „Hilfswirtschaft“ gesetzt, in der die tarifmäßigen Löhne nicht beachtet werden, so kann niemand sagen, wohin die Entwicklung schließlich führt. So zeigt ein Blick auf die politischen Vorgänge immer wieder von neuem: Es wird der größten Aufmerksamkeit und der größten Anstrengungen bedürfen, um die drohenden Gefahren abzuwehren.

### Neue Kürzungen

Der Politisch-gewerkschaftliche Zeitungsdienst, der den christlichen Gewerkschaften nahe steht, veröffentlicht eine Information über die Pläne der Regierung auf sozialpolitischem Gebiet. Das Kernstück dieser Information besteht in Mitteilungen über die angelegte Absicht der Regierung, durch starke Kürzung der Unterstützung der Arbeitslosen und die Invalidenversicherung neu zu finanzieren. Von amtlicher Seite wird gegenüber diesen Mitteilungen erklärt, daß das Kabinett bislang eine endgültige Entscheidung nicht getroffen habe. Auch seien die Kombinationen des Reichs über Vorschläge des Reichsfinanzministeriums völlig falsch und irreführend.

## Japans Ministerpräsident ermordet

Tokio, 17. Mai. (Fig. Junt.)

Der japanische Ministerpräsident Ki Junktai wurde am Pfingstsonntag von sieben Marine- und Armee-Offizieren ermordet. Die Täter drangen in die Wohnung des 76jährigen Ministerpräsidenten ein, feuerten mehrere Schüsse auf ihn ab und verwundeten ihn so schwer, daß er bald darauf starb. Vor seinem Tode ordnete er eine Kabinettsitzung an, die an seinem Bett stattfinden sollte. Die Minister fanden sich sofort ein, Junktai konnte jedoch an den Beratungen nicht mehr teilnehmen, da er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus die Besinnung verlor.

Mit dem Anschlag auf den Ministerpräsidenten wurden zugleich Attentate auf die Bank von Japan, auf die Polizeizentrale, die Wohnung des Außenministers, eines Admirals und zahlreiche andere politische Persönlichkeiten verübt. Im Verlauf dieser Anschläge wurde ein Polizeibeamter getötet, sieben Beamte, ein Offizier und drei Zivilisten, die sich den Attentätern entgegenstellten, wurden schwer verletzt. Die Attentäter stellten sich nach vollbrachter Tat sämtlich der Polizei. Es sind 18 junge Leute, darunter fünf Marineoffiziere, mehrere Armeesoldaten und zahlreiche Kadetten, die der faschistischen Gesellschaft „Der schwarze Drache“ angehören, und auch „Lobeshand“ genannt werden. Der Kriegsminister, auf den ebenfalls ein Attentat geplant war, ist den Verbrechern durch Zufall nicht in die Hände gefallen. Als sie in der Nacht zu Pfingsten seine Wohnung überfielen, hatte er das Haus verlassen.

Der Kaiser hat inzwischen den Finanzminister zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Das Kabinett hat traditionsgemäß seinen Rücktritt erklärt, der jedoch bisher noch nicht angenommen wurde.

Die Motive dieser neuen Gewalttat gegen den leitenden Staatsmann des japanischen Reiches erscheinen zunächst unklar und unbegreiflich. Jetzt steht nur, daß die Attentäter

Dieser amtliche Verfügungsversuch kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei den Angaben des BZ, zweifellos um einen aus der Regierung kommenden Versuchsballon handelt.

Unmöglich sollten vor allem die nach dem BZ. bestehenden Pläne zur Kürzung der Arbeitslosenunterstützung sein. „In der Arbeitslosenversicherung“, so schreibt der BZ., „soll die gewünschte Zusammenlegung von Arise und Wohlfahrt noch nicht durchgeführt werden. Dagegen enthalten die Vorschläge

### eine allgemeine durchschnittliche Kürzung der Arbeitslosenunterstützung

gleichmäßig, ob sie an Hauptunterstützungsempfänger, Arisen-  
unterstützungsempfänger oder Wohlfahrtsempfänger geleistet  
wird, von 20 Prozent. Darüber hinaus soll die Be-  
dürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung  
eingeführt werden. Auch die bisherige Hilfe für den Stein-  
kohlenbergbau durch Bestreitung der Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmer von den Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung  
soll eingestellt werden, so daß vom Juni an der Bergbau  
wieder beitragspflichtig wird. In der In-  
validenversicherung ist eine allgemeine Kür-  
zung der Renten vorgesehen. Der Vorschlag geht jetzt  
über die schon früher bekanntgegebenen Sätze hinaus; denn  
es soll beabsichtigt sein, die Invalidenrenten um 7 M., die  
Witwenrenten um 5 M., und die Waisenrenten um 4 M. zu  
kürzen.“

Allgemeine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um  
20 Prozent — man sieht sich an den Kopf; denn jetzt bereits  
haben wir im gesamten Arbeitslosenstand, in der Arbeitslosen-  
versicherung, in der Arisenfürsorge wie in der Wohlfahrt nur  
noch einen

### Durchschnittsunterstützungssatz von 12,50 M.

Davon soll ein Hauptunterstützungsempfänger mit Fa-  
milie leben — wohlgerneht mit Familien Leute, die solche  
Unterstützungssätze noch um 20 Prozent kürzen wollen, haben  
in ihrem Leben nie erfahren, was Hunger ist. Zum Teufel,  
was soll denn das alles! Der Reichsarbeitsminister hat  
nicht einmal, sondern wiederholt öffentlich erklärt, daß  
er einen weiteren Unterstützungssabbau im Arbeits-  
losenstand nicht mehr mit mache, und wir glauben nicht,  
daß ein Mann wie Stegerwald zwischen sich und den christ-

Faschisten sind, also derjenigen Partei angehören, deren  
Aufgabe und Ziel es ist, den organisierten Mord als wesent-  
lichsten Faktor ihres Programms durch Ruhezuhaltung popu-  
lär zu machen. Was aber konnte diese fanatisierten Offiziere  
bestimmen, einen 77jährigen Mann „umzuliegen“, der fort-  
schrittlicher oder demokratischer Gesinnung bestimmt un-  
dächtig war?

Nach den päpstlichen Meldungen, die bisher eingingen,  
muß man wohl annehmen, daß die Mörder, gewerkschaftliche  
Profitmacher des Krieges, das Todesurteil über den alten  
Mann ausgesprochen hatten in dem Augenblick, in dem  
Ki Junktai den Frieden mit China zu schließen, seine imperi-  
alistischen Pläne zu revidieren, den japanischen Raub-  
gelüsten einen Damm zu errichten, bereit war. Dabei steht  
nicht einmal fest, ob diese Trügungsschöpfung im Arbeits-  
losenstand des Ministerpräsidenten entsprach, oder ob er lediglich dem  
Druck der Weltmächte nachgab.

Was aber kümmern Alte politischer Notwendigkeit Zün-  
linge, die den Autokrat anbeten und ihre Politik, statt mit  
dem Gehirne, mit der Faust, dem langen Messer und dem  
Schwießen machen?

Nach D o u n e r — der Ministerpräsident Japans. Die  
Mordpest wütet. Wird es wohl noch möglich sein, sie aus-  
zurotten?